



Der Notstandsbeschluss wirkt wie ein Ablasshandel

*Erschienen in den Potsdamer Neuesten Nachrichten vom 20.08.2019,
Seite 8 / Lokales, Berlin, Brandenburg*

Potsdam hat den Klimanotstand ausgerufen. Doch nicht einmal der symbolische Anspruch wird eingelöst

Von Linda Teuteberg

Gerade hat die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam den sogenannten Klimanotstand ausgerufen. Bevor andere Kommunen in Brandenburg diesem Beispiel folgen sollten, lohnt es sich, einmal innezuhalten und die ketzerische Frage nach Sinn oder Unsinn solcher Notstandsbeschlüsse zu stellen.

In der Debatte um Klimaschutz ist ein Wettlauf von Aktionismus verschiedener Spielarten auf der einen Seite oder ProbleMLEUGNUNG des Klimawandels auf der anderen Seite zu beobachten. Um die Herausforderung des Klimawandels zu meistern, brauchen wir aber vor allem Vernunft - für wirksame Maßnahmen mit Maß und Mitte.

Über die Ziele des Pariser Abkommens herrscht weitgehender Konsens und auch wir Freie Demokraten sind für diesen internationalen Ziel-Konsens. Darüber hinaus brauchen wir in Deutschland einen Maßnahmen-Konsens darüber, mit welchen Maßnahmen wir diese Ziele vernünftigerweise erreichen können.

Einen Klimanotstand auszurufen ist jedoch Aktionismus. Mit dem Begriff Notstand sollte nicht leichtfertig umgegangen werden. Er steht dafür, übliche demokratische und rechtsstaatliche Verfahren sowie Bürgerrechte einzuschränken nach der Devise „Not kennt kein Gebot“.

Übrigens entbindet kein noch so dramatisch überschriebener Beschluss von der Bindung an Gesetze und an unsere Verfassung. Der „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ steht längst als Staatsziel im Grundgesetz. Und das erfordert, das unbestritten wichtige Anliegen des Klimaschutzes mit anderen Belangen abzuwägen und jede Maßnahme auf Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Wer dies weiß, sollte keinen anderen Eindruck zu erwecken suchen. Wer es nicht besser weiß, sollte sich mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung beschäftigen.

Nicht Aktionismus, sondern überlegte Prioritätensetzung macht Kommunen zu wirksamen Akteuren beim Klimaschutz. Ich traue Mandatsträgern in Städten und Gemeinden zu, dass sie selbstständig mündige Entscheidungen treffen können, ohne vorher einen Notstand ausgerufen zu haben. Wenn es um die konkrete Berücksichtigung der Folgen politischer Entscheidungen geht, muss jede Maßnahme unvoreingenommen auf ihre Auswirkungen überprüft werden. Und zwar auf ihre Effekte auf das Klima ebenso wie auf Sozialverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit und gegebenenfalls weitere Belange. Wenn es etwas gibt, das den Bestand einer offenen Gesellschaft gefährdet, dann die Etablierung eines politischen Endzwecks, dem fortan alle anderen unbedingt unterzuordnen sind. Das wäre das Ende jeder offenen demokratischen Debatte, die diesen Namen verdient und das Ende jeder Verhältnismäßigkeitsprüfung staatlicher Eingriffe, die Ausfluss unseres Rechtsstaatsprinzips ist.

Jenseits dieser grundsätzlichen Fragwürdigkeit solcher Beschlüsse wäre es immerhin begrüßenswert, wenn der symbolisch erklärte Anspruch wenigstens in der Sache eingelöst würde. Der Lackmустest hat schon in ebendieser Sitzung stattgefunden. Leider hat es dieselbe Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, die symbolisch den Klimanotstand ausruft, abgelehnt, einen Antrag zur Prüfung eines Mietendeckels auch in den für Klima zuständigen Ausschuss zu überweisen. Dabei liegt es auf der Hand, dass ein Mietendeckel erhebliche Auswirkungen darauf haben würde, inwieweit jetzt und in Zukunft in die Energieeffizienz von Gebäuden investiert werden wird oder auch nicht. Ebenso wie in deren Barrierefreiheit, um einen weiteren wichtigen Gesichtspunkt zu nennen. Der Notstandsbeschluss wirkt da wie ein Ablasshandel: Die gute Absicht ist dokumentiert, das konkrete Handeln muss dann offenbar nicht ganz so konsequent sein.

Unsere Demokratie und unser Rechtsstaat bieten alle Instrumente, um im Rahmen der normalen Verfahren über sinnvolle politische Maßnahmen zu beraten und zu beschließen. Das gilt auf allen Ebenen. Wer einen anderen Eindruck erweckt, unterschätzt sie. Wem es um das Klima geht, der hat schon jetzt alle Entscheidungsmöglichkeiten in der Hand. Symbolhandlungen ersetzen gerade nicht die politische Auseinandersetzung über die zu ergreifenden Maßnahmen. Was wir brauchen, sind konkrete Entscheidungen, um die Ziele von Paris rasch zu erreichen. Es geht uns Freien Demokraten um die besten Instrumente, den CO₂-Ausstoß tatsächlich zu reduzieren, statt ihn bloß teurer zu machen. Für Gespräche darüber stehen wir bereit. Für ein weiteres Ablenkungsmanöver in der Klimadiskussion hingegen nicht. Für die Ausrufung eines Klimanotstands gilt: Gut gemeint ist noch nicht gut gemacht.